

Sitzungsunterlagen

Sitzung des Rates der Stadt
Bergisch Gladbach
06.03.2018

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	5
Einladung	5
Anlage 1 zur Einladung: Anlage zur Tagesordnung (ö.T.)	9
Vorlagendokumente	13
TOP Ö 2 Bestellung einer Schriffführung für den Rat der Stadt Bergisch Gladbach	13
Beschlussvorlage 0056/2018	13
TOP Ö 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 19.12.2017 - öffentlicher Teil	15
Mitteilungsvorlage 0047/2018	15
Anlage 1: Antwortschreiben an Herrn Klein betreffend Befall von Duschen in Schulen mit Legionellen (zu TOP Ö 40) 0047/2018	21
Anlage 2: Antwortschreiben an Herrn Schütz betreffend Situation auf dem Parkplatz hinter dem Rathaus (zu TOP Ö 40) 0047/2018	23
TOP Ö 12 Beteiligungsbericht 2016	25
Mitteilungsvorlage 0618/2017	25
TOP Ö 13 Anhängige Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung zum Stichtag 31.12.2017	27
Mitteilungsvorlage 0079/2018	27
TOP Ö 19 Familienfreundlicher Kreis	29
Anlage 1: Schreiben des Landrates des RBK (Tischvorlage aus der Sitzung des ASWDG am 15.02.2018) 0007/2018	29
TOP Ö 21 Einwohnerfragestunde	33
Mitteilungsvorlage 0017/2018	33
TOP Ö 22.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 29.01.2018 (eingegangen am 29.01.2018) zur Umbesetzung in Ausschüssen	35
Antrag 0053/2018	35
Anlage 1: Schreiben der FDP-Fraktion 0053/2018	37
TOP Ö 22.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 19.02.2018 (eingegangen am 19.02.2018) zur Umbesetzung in Ausschüssen	39
Antrag 0049/2018	39
Anlage 1: Schreiben der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL 0049/2018	41

Stadt Bergisch Gladbach

Datum

21.02.2018

Ausschussbetreuender Fachbereich

Kommunalverfassung, Ratsbüro

Sachbearbeitung

Christian Ruhe

Telefon-Nr.

02202-142245

Tag und Beginn der Sitzung

Dienstag, 06.03.2018, 17:00 Uhr

Einladung

zur 24. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der neunten Wahlperiode

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sollten Sie an der Sitzung nicht teilnehmen können, verständigen Sie bitte Herrn Ruhe, Tel. 02202-142245

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Bestellung einer Schriftführung für den Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Vorlage: 0056/2018**
- 3 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 19.12.2017 - öffentlicher Teil
Vorlage: 0047/2018**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2016
Vorlage: 0072/2018
Berichterstattung: Bürgermeister Urbach als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses**
- 7 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2017
Vorlage: 0073/2018
Berichterstattung: Bürgermeister Urbach als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses**
- 8 Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2017 in das Haushaltsjahr 2018 im Kernhaushalt**

- Vorlage: 0067/2018**
Berichterstattung: Bürgermeister Urbach als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses
- 9 Übertragung von Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2017 in das Wirtschaftsjahr 2018 für den Immobilienbetrieb, den Abfallwirtschaftsbetrieb und das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0029/2018
Berichterstattung: Ratsmitglied Buchen als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr
- 10 Prüfung Jahresabschluss 2016**
Vorlage: 0074/2018
Berichterstattung: Ratsmitglied Haasbach als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses
- 11 Wirtschaftsplan 2018 der GL Service gGmbH**
Vorlage: 0629/2017
Berichterstattung: Bürgermeister Urbach als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses
- 12 Beteiligungsbericht 2016**
Vorlage: 0618/2017
- 13 Anhängige Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung zum Stichtag 31.12.2017**
Vorlage: 0079/2018
- 14 Berufung von Frau Scheerer zur Ehrenbeamtin**
Vorlage: 0062/2018
Berichterstattung: Bürgermeister Urbach als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses
- 15 Offenhalten von Verkaufsstellen**
Vorlage: 0059/2018
Berichterstattung: Bürgermeister Urbach als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses
- 16 III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0077/2018
Berichterstattung: Bürgermeister Urbach als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses
- 17 Schenkung von 16 automatischen externen Defibrillatoren**
Vorlage: 0078/2018
Berichterstattung: Bürgermeister Urbach als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses
- 18 Maßnahmebeschluss für die neue viergruppige Kindertagesstätte Im Schlangenhöfchen**
Vorlage: 0055/2018
Berichterstattung: Ratsmitglied Münzer als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses
Bürgermeister Urbach als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses
- 19 Familienfreundlicher Kreis**
Vorlage: 0007/2018
Berichterstattung: Ratsmitglied Holtzmann als Vorsitzende des Ausschusses für Sozia-

les, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Ratsmitglied Münzer als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses

- 20 Änderung der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirats**
Vorlage: 0042/2018
Berichterstattung: Ratsmitglied Hörung als Vorsitzender des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses
- 21 Einwohnerfragestunde**
Vorlage: 0017/2018
- 22 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 22.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 29.01.2018 (eingegangen am 29.01.2018) zur Umbesetzung in Ausschüssen**
Vorlage: 0053/2018
Berichterstattung: Fraktionsvorsitzender Krell (FDP-Fraktion)
- 22.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 19.02.2018 (eingegangen am 19.02.2018) zur Umbesetzung in Ausschüssen**
Vorlage: 0049/2018
Berichterstattung: Fraktionsvorsitzender Klein (Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL)
- 23 Anträge der Fraktionen**
- 24 Anfragen der Ratsmitglieder**

N Nicht öffentlicher Teil

- 1 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil**
- 2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am
19.12.2017 - nicht öffentlicher Teil
Vorlage: 0048/2018**
- 3 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4 Bericht aus den städtischen Beteiligungen**
- 4.1 Bericht über den Wohnungsbestand und die Wohnungsbestandentwicklung der
Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft mbH
Vorlage: 0058/2018**
- 4.2 Mündlicher Bericht aus den städtischen Beteiligungen**
- 5 Anträge der Fraktionen**
- 6 Anfragen der Ratsmitglieder**

Gez.
Lutz Urbach
Bürgermeister

Anlage zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 06.03.2018

(Stand: 20.02.2018)

I. Allgemeines

Der Einladung zur Ratssitzung sind keine Vorlagen beigelegt, die in den Ausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen befinden sich in den Händen der Ratsmitglieder. Beratungsergebnisse und Erläuterungen zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage.

Vorlagen, die Themen enthalten, die in erster Lesung im Rat eingebracht werden, z. B. Fraktionsanträge oder Vorlagen, die eine geänderte Sachlage berücksichtigen, sowie sonstige Vorlagen, die keiner vorherigen Beratung in den Ausschüssen bedürfen, z. B. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse, sind der Tagesordnung als Anlagen beigelegt.

II. Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
Eine Erläuterung erübrigt sich.
- 2 Bestellung einer Schriftführung für den Rat der Stadt Bergisch Gladbach**
Vorlage: 0056/2018
Die Vorlage ist beigelegt.
- 3 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 19.12.2017 – öffentlicher Teil – ist den Ratsmitgliedern zugegangen.
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 19.12.2017 - öffentlicher Teil**
Vorlage: 0047/2018
Die Vorlage ist beigelegt.
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
Eventuelle Mitteilungen wird Herr Bürgermeister Urbach mündlich bekannt geben.
- 6 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2016**
Vorlage: 0072/2018
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.03.2018 wird bekannt gegeben.
- 7 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2017**
Vorlage: 0073/2018
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.03.2018 wird bekannt gegeben.
- 8 Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2017 in das Haushaltsjahr 2018 im Kernhaushalt**
Vorlage: 0067/2018
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.03.2018 wird bekannt gegeben.
- 9 Übertragung von Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2017 in das Wirtschaftsjahr**

2018 für den Immobilienbetrieb, den Abfallwirtschaftsbetrieb und das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach

Vorlage: 0029/2018

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 06.02.2018 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

1. Die Übertragung der aus Anlage 1 zur Vorlage ersichtlichen Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2017 in das Wirtschaftsjahr 2018 für den Immobilienbetrieb wird beschlossen.
2. Die Übertragung der aus Anlage 2 zur Vorlage ersichtlichen Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2017 in das Wirtschaftsjahr 2018 für den Abfallwirtschaftsbetrieb wird beschlossen.

Zu Ziffer 3. des Beschlussvorschlages der Vorlage gab der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr keine Beschlussempfehlung ab, da die darin bezeichnete Anlage 3 der Vorlage nicht beigefügt war.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass Ziffer 3. des Beschlussvorschlages der Vorlage gegenstandslos ist, da im Abwasserwerk auf Grund von grundsätzlicher jährlicher Neuveranschlagung im Rahmen der Wirtschaftsplanerstellung keine Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2017 in das Wirtschaftsjahr 2018 übertragen werden. Die Verwaltung empfiehlt dem Rat daher, der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr zu den Ziffern 1. und 2. des Beschlussvorschlages der Vorlage zu folgen.

10 Prüfung Jahresabschluss 2016

Vorlage: 0074/2018

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 27.02.2018 wird bekannt gegeben.

11 Wirtschaftsplan 2018 der GL Service gGmbH

Vorlage: 0629/2017

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.03.2018 wird bekannt gegeben.

12 Beteiligungsbericht 2016

Vorlage: 0618/2017

Die Vorlage ist beigefügt.

13 Anhängige Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung zum Stichtag 31.12.2017

Vorlage: 0079/2018

Die Vorlage ist beigefügt.

14 Berufung von Frau Scheerer zur Ehrenbeamtin

Vorlage: 0062/2018

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.03.2018 wird bekannt gegeben.

15 Offenhalten von Verkaufsstellen

Vorlage: 0059/2018

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.03.2018 wird bekannt gegeben.

16 III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst der Stadt Bergisch Gladbach

Vorlage: 0077/2018

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am

01.03.2018 wird bekannt gegeben.

- 17 Schenkung von 16 automatischen externen Defibrillatoren**
Vorlage: 0078/2018
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 01.03.2018 wird bekannt gegeben.
- 18 Maßnahmebeschluss für die neue viergruppige Kindertagesstätte Im Schlangenhöfchen**
Vorlage: 0055/2018
Die Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses am 22.02.2018 sowie des Haupt- und Finanzausschusses am 01.03.2018 werden bekannt gegeben.
- 19 Familienfreundlicher Kreis**
Vorlage: 0007/2018
Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 15.02.2018 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:
- Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach ist mit der Umsetzung des Strategieansatzes „Bündnis für Familien“ und „Familienfreundlicher Kreis“ beim Rheinisch-Bergischen Kreis einverstanden. Gleichzeitig unterstützt der Rat die zwischen den Kommunen abgestimmten Instrumentarien und Zielsetzungen.
- Ein Schreiben des Landrates des Rheinisch Bergischen Kreises wurde in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann als ergänzende Unterlage zur Vorlage Nr. 0007/2018 vorgelegt und ist auch der Einladung zur Sitzung des Rates (zu TOP Ö 19) beigelegt.
- Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.02.2018 wird bekannt gegeben.
- 20 Änderung der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirats**
Vorlage: 0042/2018
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 28.02.2018 wird bekannt gegeben.
- 21 Einwohnerfragestunde**
Vorlage: 0017/2018
Die Vorlage ist beigelegt.
- 22 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
22.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 29.01.2018 (eingegangen am 29.01.2018) zur Umbesetzung in Ausschüssen
Vorlage: 0053/2018
Die Vorlage ist beigelegt.
- 22.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 19.02.2018 (eingegangen am 19.02.2018) zur Umbesetzung in Ausschüssen**
Vorlage: 0049/2018
Die Vorlage ist beigelegt.
- 23 Anträge der Fraktionen**
Bis zum Ablauf der Antragsfrist lagen keine Anträge der Fraktionen für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.
- 24 Anfragen der Ratsmitglieder**
Eine Erläuterung erübrigt sich.

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
 Federführender Fachbereich
 Kommunalverfassung, Ratsbüro

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0056/2018
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	06.03.2018	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Bestellung einer Schriftführung für den Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Beschlussvorschlag:

Frau Katrin Klaes wird zur Schriftführerin für den Rat der Stadt Bergisch Gladbach bestellt.

Sachdarstellung / Begründung:

Gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 GO NRW ist es Aufgabe des Rates, eine Schriftführerin/einen Schriftführer für die Niederschrift über die Beschlüsse des Gremiums zu bestellen.

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach hatte mit Beschluss vom 17.06.2014 Herrn Dennis Zach zum Schriftführer und Herrn Christian Ruhe zum stellvertretenden Schriftführer für den Rat bestellt. Auf Grund eines Stellenwechsels Herrn Zachs ist die Stelle im Ratsbüro, der u.a. die Aufgabe „Schriftführung Rat und Haupt- und Finanzausschuss“ obliegt, seit Juli 2017 vakant und wird in Kürze mit Frau Katrin Klaes besetzt, die sich bereit erklärt hat, bereits für die Sitzung des Rates am 06.03.2018 als Schriftführerin zur Verfügung zu stehen.

Es wird vorgeschlagen, in Nachfolge für Herrn Zach Frau Klaes als Schriftführerin für den Rat der Stadt Bergisch Gladbach zu bestellen. Die stellvertretende Schriftführung obliegt gemäß dem Beschluss des Rates vom 17.06.2014 weiterhin Herrn Ruhe.

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
 Federführender Fachbereich
 Kommunalverfassung, Ratsbüro

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0047/2018
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	06.03.2018	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 19.12.2017 - öffentlicher Teil

Inhalt der Mitteilung

- Ö** **Öffentlicher Teil**
- Zu TOP 1** **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- und
- Zu TOP 2** **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- und
- Zu TOP 3** **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 17.10.2017 - öffentlicher Teil**
 0476/2017
- und
- Zu TOP 4** **Mitteilungen des Bürgermeisters**
 Eine Berichterstattung erübrigt sich.
- Zu TOP 5** **Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt Bergisch Gladbach**
- Zu TOP 5.1** **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2018**
 0604/2017
- und
- Zu TOP 5.2** **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2018**
 0603/2017
- und

- Zu TOP 5.3 Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2018**
0605/2017
- und
Zu TOP 6 Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2018
0539/2017
Es wird beschlussgemäß verfahren. Betreffend die vom Rat beschlossenen Anträge zur Sicherheit und Sauberkeit durch mehr Präsenz und Prävention und zur Prüfung eines Streetwork-Konzeptes plant die Verwaltung die Einbringung einer Vorlage in den letzten Sitzungsturnus (Juni/Juli 2018) vor den Sommerferien. Der vom Rat beschlossene Antrag zur Umsetzung der den Flächennutzungsplan begleitenden zehn Sofortmaßnahmen wird derzeit von der Verwaltung bearbeitet.
- Zu TOP 6.a Nachtrag zum Stellenplan 2018**
0623/2017
Es wird beschlussgemäß verfahren.
- Zu TOP 7 Einwohnerfragestunde**
0475/2017
Eine Berichterstattung erübrigt sich.
- Zu TOP 8 Haushalt 2018**
0615/2017
Es wird beschlussgemäß verfahren.
- Zu TOP 9 Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach ab dem Haushaltsjahr 2018**
0504/2017
Die Hebesatzsatzung vom 20.12.2017 wurde am 23./24.12.2017 in der Bergischen Landeszeitung und im Kölner Stadt-Anzeiger öffentlich bekannt gemacht und ist am 01.01.2018 in Kraft getreten.
- Zu TOP 10 Prüfung Gesamtabschluss 2015 (Gesetzliche Erleichterung für 2011 - 2014)**
0523/2017
- und
Zu TOP 11 Überörtliche Prüfung der Stadt Bergisch Gladbach für das Jahr 2017
0471/2017
- und
Zu TOP 12 Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“
0555/2017
- und
Zu TOP 13 Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2016 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“
0554/2017
- und
Zu TOP 14 Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“
0551/2017
- und
Zu TOP 15 Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2016 der eigenbetriebsähnlichen Ein-

- richtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“
0553/2017
- und
Zu TOP 16 **Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“**
0562/2017
- und
Zu TOP 17 **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2016 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“**
0559/2017
- und
Zu TOP 18 **Jahresabschluss 2016 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**
0611/2017
- und
Zu TOP 19 **Jahresabschluss 2016 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL)**
0486/2017
- und
Zu TOP 20 **Wirtschaftsplan 2018 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**
0574/2017
Eine Berichterstattung erübrigt sich bzw. es wird beschlussgemäß verfahren.
- Zu TOP 21** **Strategische Grundentscheidung Wohnungsbau**
0594/2017
Es wird beschlussgemäß verfahren. Die Verwaltung plant die Einbringung einer Vorlage in den Sitzungsturnus April/Mai 2018.
- Zu TOP 22** **1. Änderungsverordnung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach**
0598/2017
Die 1. Änderungsverordnung vom 20.12.2017 wurde am 06./07.01.2017 in der Bergischen Landeszeitung und im Kölner Stadt-Anzeiger verkündet und ist am 14.01.2018 in Kraft getreten.
- Zu TOP 23** **Rettungsdienstbedarfsplan für den Rheinisch-Bergischen Kreis**
0620/2017
Dem Rheinisch-Bergischen Kreis wurde mitgeteilt, dass das Einvernehmen der Stadt Bergisch Gladbach nach § 12 Abs. 3 RettG zu der Ergänzung des Rettungsdienstbedarfsplans des Rheinisch-Bergischen Kreises, Stand 27.10.2017, erteilt wird, sofern Bergisch Gladbach ab dem Jahre 2018 jeweils drei Notfallsanitäter/Notfallsanitäterinnen voll ausbilden kann. Bereits am 07.12.2017 hatten die Vertreter der beteiligten Krankenkassen schriftlich ihr Einvernehmen zu der Änderung des Rettungsdienstbedarfsplans, einschließlich der drei Vollausbildungsstellen, erteilt. Der Kreistag hat die Ergänzung des Rettungsdienstbedarfsplans einstimmig beschlossen, so dass das Ausbildungskonzept nunmehr umgesetzt werden kann.
- Zu TOP 24** **Strategische Neuausrichtung des Bergischen Museums in Bensberg**
0315/2017
- und
Zu TOP 25 **Künftige Handhabung der Sportförderung für Jugendliche sowie Verwen-**

- derung der Sportpauschale (nach Antrag des SSV)**
0571/2017
- und
Zu TOP 26 Förderung einer zusätzlichen 75-prozentigen Fachkraftstelle im Cafe Leichtsin
0516/2017
- und
Zu TOP 27 Einleitung eines Satzungsverfahrens nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) für die Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V.
0612/2017
Es wird beschlussgemäß verfahren.
- Zu TOP 28 XIX. Nachtragssatzung zur Abfallgebührensatzung**
0582/2017
Die XIX. Nachtragssatzung vom 20.12.2017 wurde am 23./24.12.2017 in der Bergischen Landeszeitung und im Kölner Stadt-Anzeiger öffentlich bekannt gemacht und ist am 01.01.2018 in Kraft getreten.
- Zu TOP 29 XII. Nachtragssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung**
0583/2017
Die XII. Nachtragssatzung vom 20.12.2017 wurde am 23./24.12.2017 in der Bergischen Landeszeitung und im Kölner Stadt-Anzeiger öffentlich bekannt gemacht und ist am 01.01.2018 in Kraft getreten.
- Zu TOP 30 I. Nachtragssatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)**
0568/2017
Die I. Nachtragssatzung vom 20.12.2017 wurde am 23./24.12.2017 in der Bergischen Landeszeitung und im Kölner Stadt-Anzeiger öffentlich bekannt gemacht und ist am 01.01.2018 in Kraft getreten.
- Zu TOP 31 XVIII. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung)**
0576/2017
Die XVIII. Nachtragssatzung vom 20.12.2017 wurde am 23./24.12.2017 in der Bergischen Landeszeitung und im Kölner Stadt-Anzeiger öffentlich bekannt gemacht und ist am 01.01.2018 in Kraft getreten.
- Zu TOP 32 Gebührenkalkulation für das Jahr 2018 zur Satzung über die Abwälzung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach**
0597/2017
Eine Berichterstattung erübrigt sich.
- Zu TOP 33 I. Nachtragsatzung zur Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben)**
0573/2017
Die I. Nachtragssatzung vom 20.12.2017 wurde am 23./24.12.2017 in der Bergischen Landeszeitung und im Kölner Stadt-Anzeiger öffentlich bekannt gemacht und ist am 01.01.2018 in Kraft getreten.

- Zu TOP 34 XIII. Nachtragssatzung der Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Bergisch Gladbach**
0593/2017
Die XIII. Nachtragssatzung vom 20.12.2017 wurde am 23./24.12.2017 in der Bergischen Landeszeitung und im Kölner Stadt-Anzeiger öffentlich bekannt gemacht und ist am 01.01.2018 in Kraft getreten.
- Zu TOP 35 Änderung der Friedhofssatzung**
0563/2017
Die XI. Nachtragssatzung vom 20.12.2017 wurde am 23./24.12.2017 in der Bergischen Landeszeitung und im Kölner Stadt-Anzeiger öffentlich bekannt gemacht und ist am 01.01.2018 in Kraft getreten.
- Zu TOP 36 Bestellung der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder des Umlegungsausschusses**
0518/2017
Eine Berichterstattung erübrigt sich.
- Zu TOP 37 Wahl eines Ausschussmitgliedes mit beratender Stimme und einer persönlichen Stellvertretung im ABKSS auf Vorschlag des Sportsportverbandes Bergisch Gladbach e.V. mit Schreiben vom 14.11.2017 (eingegangen am 13.11.2017)**
0567/2017
- und
- Zu TOP 38 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
Zu TOP 38.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2017 (eingegangen am 20.11.2017) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen und im Inklusionsbeirat
0599/2017
Die Änderungen wurden in den Anhang zum Ortsrecht eingearbeitet.
- Zu TOP 39 Anträge der Fraktionen**
Zu TOP 39.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 30.11.2017 (eingegangen am 30.11.2017) zur Beauftragung der Verwaltung mit der Entwicklung eines neuen Personalkonzeptes für die städtische Max-Bruch-Musikschule
0619/2017
Es wird beschlussgemäß verfahren.
- Zu TOP 39.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 05.12.2017 (eingegangen am 05.12.2017) zur Einrichtung einer Notschlafstelle für Obdachlose**
0622/2017
Der Antrag ist Bestandteil der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 15.02.2018.
- Zu TOP 40 Anfragen der Ratsmitglieder**
Die Anfragen Herrn Kleins zum Befall von Duschen in Schulen mit Legionellen und Herrn Schütz´ zur Situation auf dem Parkplatz hinter dem Rathaus wurden zwischenzeitlich schriftlich beantwortet. Durchschriften der Antwortschriften sind dieser Vorlage als Anlagen beigelegt. Die übrigen Anfragen wurden in der Sitzung mündlich beantwortet.

23. Jan. 2018

Stadt Bergisch Gladbach
FB 1-14
Kommunalverfassung
- Ratsbüro



Herrn
Thomas Joachim Klein
Zehntweg 28
51467 Bergisch Gladbach

-Immobilienbetrieb-
Bürogebäude Gustav-Lübke-Haus
Scheidtbachstraße 23
Auskunft erteilt:

Herr Greifenberg, Zimmer 108
Telefon: 02202 / 14- 12 19
Telefax: 02202 / 14- 7012 19
e-mail: a.greifenberg@stadt-gl.de

8 23 gr

18. Januar 2018

Anfrage in der Sitzung des Rates am 19.12.2017 zum Befall von Duschen in Schulen mit Legionellen

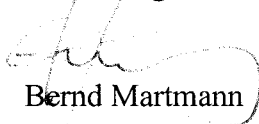
Sehr geehrter Herr Klein,

in der Ratssitzung am 19.12.2017 fragten Sie unter Bezugnahme auf Ihre Anfrage aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.12.2017, ob die Duschen in den beiden Schulen, in denen die Warmwasseranlage mit Legionellen befallen sei, wieder benutzbar seien.

Die durchgeführten Spülmaßnahmen waren erfolgreich, so dass keine Belastung mehr vorliegt. Die beiden Schulen wurden mit Schreiben vom 05.01.2018 darüber informiert, dass die Duschen wieder genutzt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Bernd Martmann

L. Henning 2.1.18



13. Feb. 2018

Stadt Bergisch Gladbach
FB 1-14
Kommunalverfassung
- Ratsbüro

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Fachbereich 3
Recht, Sicherheit und Ordnung

Herrn
Fabian Schütz
Goldbornstraße 106

Stadthaus Konrad-Adenauer-Platz
Auskunft erteilt:
Peter Widdenhöfer, Zimmer 311
Telefon: 02202/ 142374
Telefax: 02202/ 142323
e-mail: p.widdenhoefer@stadt-gl.de

51469 Bergisch Gladbach

07.02.2018

Ihre Anfrage in der Ratssitzung am 19.12.2017

Sehr geehrter Herr Schütz,

Sie hatten in der Ratssitzung am 19.12.2017 erläutert, dass Sie mit verschiedenen Menschen geredet hätten, die sich im Bereich des Parkplatzes hinter dem Rathaus mittlerweile unwohl fühlten, weil sich dort regelmäßig Personen aufhielten und dort eine unangenehme Atmosphäre herrsche. Es sei wohl auch schon zu Straftaten gekommen und es interessiert Sie, wie viele Straftaten der Stadt bekannt seien, um welche Straftaten es sich handle und ob es Nachfragen seitens der Polizei gebe.

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Ich gehe davon aus, dass Sie den Parkplatz hinter dem Rathaus in der Stadtmitte meinen und nicht den Parkplatz hinter dem Rathaus in Bensberg. Da die Stadt für die Erfassung und die Verfolgung von Straftaten nicht zuständig ist, hatte ich Anfang des Jahres bei der Polizei nachgefragt, ob dort Straftaten bekannt seien und um welche Straftaten es sich handle. Die Antwort lautet, dass in der Polizei-Statistik speziell für diesen Parkplatz keine Straftaten erfasst sind. Ich kann mir dies nur so erklären, dass Straftaten, wenn sie denn dort geschehen sind, in der Statistik für den Innenstadtbereich eingeflossen sind.

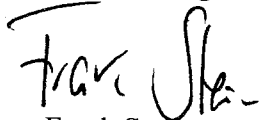
Der Stadt sind Sachbeschädigungen, insbesondere an der Schrankenanlage, aus der Vergangenheit bekannt. Dies war der Grund für die Installation einer Überwachungsanlage, die allerdings zwischenzeitlich wieder abgeschaltet worden ist. Auch ist der Stadt bekannt, dass sich dort zeitweise Personen aufhalten, die bei Bürgerinnen und Bürgern ein subjektives Unsicherheitsgefühl hervorrufen.

Von Straftaten aus diesem Personenkreis ist der Stadt jedoch nichts bekannt.

Im Rahmen der von der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion beantragten Offensive für mehr Sicherheit und Sauberkeit im Stadtgebiet (Antrag in der Ratssitzung am 19.12.2017) werden die Ordnungskräfte der Stadt gemeinsam mit der Polizei auch diesen Parkplatz zukünftig verstärkt kontrollieren. Ich hoffe, dass dadurch dem Unsicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger entgegen gewirkt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Frank Stein', with a stylized flourish at the end.

Frank Stein

Beigeordneter für Recht
Sicherheit und Ordnung

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
 Federführender Fachbereich
 Stabsstelle Betriebswirtschaft

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0618/2017
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	06.03.2018	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Beteiligungsbericht 2016

Inhalt der Mitteilung

Zur Information der Ratsmitglieder und der Einwohner und damit als Beitrag zur größeren Transparenz gemeindlicher Beteiligungen sieht der § 117 GO NW die Verpflichtung zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes vor. Berichtsgegenstand sind die Beteiligungen der Gemeinde an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts. Ergänzend wird über den zum 01.01.2011 gegründeten SEB AöR, sowie über die mittelbare Beteiligung an der BELKAW GmbH und deren 100%-ige Tochter, die Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH, berichtet.

Der Bericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Beteiligungen, Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft enthalten.

Die Einsicht in den Bericht ist jedermann gestattet. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen. Zu diesem Zweck wird in analoger Anwendung der entsprechenden Vorschrift des § 79 Abs. 3 GO NW (Bekanntmachung des Entwurfs der Haushaltssatzung) der Beteiligungsbericht nach vorheriger öffentlicher Bekanntgabe an sieben Tagen öffentlich ausgelegt. Mit dem Beteiligungsbericht will der Gesetzgeber eine geeignete Informationsquelle, die ein Mindestmaß an Daten und Informationen enthält, zur Verfügung stellen.

Die Darstellung der wirtschaftlichen Daten im Beteiligungsbericht 2016 basiert auf den Jahresabschlüssen der Gesellschaften für die Geschäftsjahre 2012 – 2016. Der vorliegende Beteiligungsbericht 2016 berichtet ebenfalls über die finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt 2012 – 2016 und über die Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Der Beteiligungsbericht 2016 wurde den Ratsmitgliedern separat zur Kenntnisnahme ausgehändigt.

Verbindung zur strategischen Zielsetzung

Handlungsfeld:	Handlungsfeld 4: Erfolgreiches Zusammenwirken von Politik und Verwaltung in Richtung strategischer Zielsteuerung
Mittelfristiges Ziel:	4.4 Wir verfügen über ein flächendeckendes Controlling und ein Berichtswesen, das die Politik handlungsfähig macht.
Jährliches Haushaltsziel:	
Produktgruppe/ Produkt:	

Finanzielle Auswirkungen

<u>1. Ergebnisrechnung/ Erfolgsplan</u>	laufendes Jahr	Folgejahre
Ertrag	0 €	0 €
Aufwand	0 €	0 €
Ergebnis	0 €	0 €
<u>2. Finanzrechnung</u> (Investitionen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen gem. § 14 GemHVO)/ <u>Vermögensplan</u>	laufendes Jahr	Gesamt
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	0 €	0 €
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	0 €	0 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	0 €	0 €

Im Budget enthalten	ja nein siehe Erläuterungen
---------------------	-----------------------------------

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
 Federführender Fachbereich
 Rechts- und Versicherungsangelegenheiten

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0079/2018
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	06.03.2018	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Anhängige Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung zum Stichtag 31.12.2017

Inhalt der Mitteilung

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25. März 2014 ist dem Antrag der CDU-Fraktion (Drs.-Nr. 0149/2014) entsprochen worden, dem Rat zweimal jährlich (mit Stichtagen zum 30. Juni und 31. Dezember in der jeweils darauf folgenden Sitzung) über anhängige Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung und Wirksamkeit in der Öffentlichkeit zu informieren, bei denen die Stadt oder eine ihrer Tochtergesellschaften involviert sind. Dies ist erstmals im September 2014 zum damaligen Stichtag 30. Juni 2014 geschehen.

Zum aktuellen Stichtag 31. Dezember 2017 ist die Zahl der anhängigen Prozesse (ohne Rechtsstreitigkeiten vor dem Arbeits- oder Verwaltungsgericht, in die Beamte oder Beschäftigte involviert waren, sowie ohne Insolvenzverfahren) im Vergleich zu 82 gerichtlichen Verfahren mit städtischer Beteiligung zur Jahresmitte 2017 auf über 100 laufende Streitigkeiten angestiegen. Grund für den Anstieg sind nicht nur längere Verfahrensdauern bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit, sondern vor allem auch diverse neue Prozesse im Zusammenhang mit der Ende November 2017 zu Ende gegangenen fünfjährigen Übergangsfrist für mehrere Regelungen des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrages (GlüStV) von 2012. Ein Weiterbetrieb von Spielhallen erfordert nach aktueller Rechtslage die Erteilung einer speziellen glücksspielrechtlichen Erlaubnis der Stadt. Sie unterliegt nach den gesetzgeberischen Vorgaben jedoch Grenzen: So ist etwa die Erteilung von sog. „Mehrfachkonzessionen“ bei Spielhallen nicht mehr zulässig, was bedeutet, dass grundsätzlich nur noch eine glücksspielrechtliche Erlaubnis pro Gebäude oder Gebäudekomplex erteilt werden darf. Weiterhin soll ein Mindestabstand von 350 Metern Luftlinie von Spielhalle zu Spielhalle nicht unterschritten werden. Einschränkungen gibt es auch bei einer räumlichen Nähe zu öffentlichen Schulen

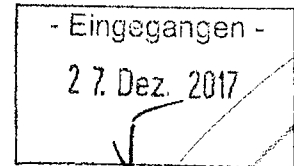
und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Aufgrund der aktuellen Gesetzeslage war die Stadt im November 2017 gehalten, nicht allen Betreibern die gewünschte glücksspielrechtliche Erlaubnis zu erteilen. Im Einklang mit Erlassen des zuständigen Landesministeriums wurden im Rahmen von eingehenden Prüfungen und Abwägungen sachliche und nachvollziehbare Kriterien bei der einzelfallbezogenen Frage herangezogen, wer eine Erlaubnis erhält. Neben Bestandsschutzgesichtspunkten wurden unter anderem auch Zuverlässigkeits- und Härtefallgesichtspunkte sowie die Zielsetzungen des Staatsvertrages mit in den Blick genommen. Dies hat sämtliche Spielhallenbetreiber, die eine Erlaubnis nicht, nicht im gewünschten Umfang oder lediglich befristet erhalten haben, nicht daran gehindert, gerichtlichen Rechtsschutz in Anspruch zu nehmen. Bis heute sind in diesem Kontext bereits 14 umfangreiche Verfahren anhängig geworden; diese und zu erwartende weitere Rechtsstreitigkeiten im Kontext mit den Regelungen des GlüStV werden die Verwaltung noch über einen längeren Zeitraum beschäftigen.

Im Berufungszulassungsverfahren, welches die vom Rat in seiner Sitzung vom 12. März 2015 beschlossene Erhöhung der Vergnügungssteuern für Apparate mit Gewinnmöglichkeiten zum Gegenstand hatten, wurde der diesbezügliche Antrag seitens des Oberverwaltungsgerichts (OVG NRW) vor kurzem rechtskräftig als unbegründet zurückgewiesen. Das OVG NRW hat hervorgehoben, dass die städtische Satzung eine wirksame Rechtsgrundlage für die angefochtene Erhebung von Vergnügungssteuern darstellt, die im Einklang mit europäischem Recht steht, mit dem Grundgesetz vereinbar ist, der in Rede stehende Steuersatz (20 v.H. für in Spielhallen aufgestellte Apparate mit Gewinnmöglichkeiten) nicht zu hoch oder willkürlich bestimmt worden ist und die angefochtenen Bescheide auch nicht aus sonstigen Gründen als rechtswidrig zu erachten sind.

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 waren zudem insgesamt 8 verwaltungsgerichtliche Klage- bzw. Eilverfahren einer Ratsfraktion bzw. von zwei Mitgliedern dieser Fraktion gegen die Stadt und / oder den Bürgermeister anhängig. Sämtliche Verfahren konnten im Rahmen eines langen gerichtlichen Erörterungstermins Anfang Februar 2018 beendet werden. Gegenstand der Prozesse mit über 20 verschiedenen Anträgen waren insbesondere geltend gemachte Ansprüche auf Gewährung von Aufwandsentschädigung und Verdienstausschlag sowie auf Auskunft und Akteneinsicht und richteten sich in einem Fall überdies gegen Äußerungen des Bürgermeisters außerhalb seiner Dienstzeit. Einige der Verfahren waren als kommunalverfassungsrechtliche Organstreitigkeiten zu qualifizieren, so dass ungeachtet der Tatsache, dass die Stadt lediglich bei wenigen Begehren Zugeständnisse machen musste und die Anträge im Übrigen nach entsprechenden Hinweisen des Gerichts zurückgenommen oder für erledigt erklärt wurden, ein Teil der Verfahrenskosten aus dem städtischen Haushalt beglichen werden müssen. Bedenken gegen den Beschluss des Rates vom 22. Februar 2017 zur IV. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach (Beschlussvorlage Drs.-Nr. 0539/2016) und die Wirksamkeit bzw. Rechtmäßigkeit der diesbezüglichen Regelungen zum Verdienstausschlag für Selbständige hat das Verwaltungsgericht im Verlauf des Erörterungstermin nicht geäußert.

Stadt Bergisch Gladbach
Bürgermeister Lutz Urbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach



Bergisch Gladbach, den 19.12.2017

Strategieprojekt „Familienfreundlicher Kreis“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Urbach,

am 11.10.2017 hatten Sie im Auftrag aller Bürgermeister im Rheinisch-Bergischen Kreis um Beantwortung von Fragen im Kontext der Umsetzung des Strategieprojekts „Familienfreundlicher Kreis“ gebeten, welches mit Kreistags-Beschluss vom 10.12.2015 initiiert wurde.

Nach Abstimmungen in meinem Hause wurde der Fragenkatalog von Herrn Fischer in einer E-Mail vom 19.10.2017 an die Teilnehmenden der Sozialdezernentenkonferenz umfassend beantwortet. Auf Basis der bisherigen Kommunikationsergebnisse und -fragen hat die Stadt Rösrath eine politische Vorlage zur Beteiligung ihrer politischen Gremien erstellt und allen Kommunen zur Verfügung gestellt.

Gerne möchte ich Ihnen in diesem Zusammenhang noch folgende zusammenfassende Informationen zukommen lassen:

Ursprünglich ging es in der Vorlage für die Hauptverwaltungsbeamten-Konferenz vom 01.09.2017 in erster Linie um die Gründung des „Rheinisch-Bergischen Bündnisses für Fa-

milien“. Die Funktion (Netzwerk etc.) wurde in der Vorlage beschrieben. Wie bereits kommuniziert, hat das Bündnis u.a. auch den Hintergrund, dass neue Bündnismitglieder diese Mitgliedschaft als Marketingfaktor (Mitarbeitergewinnung etc.) nutzen oder auch von Angeboten / Produkten des Netzwerks profitieren bzw. diese in Anspruch nehmen können.

Modellhaft wurde dies im Kreis Lippe bereits erprobt. So soll die Attraktivität der Mitgliedschaft für neue Bündnispartner dazu führen, dass diese einen finanziellen Beitrag entrichten, wodurch eine nachhaltige Finanzierung von Aufwendungen und Projekten im Strategieansatz „Familienfreundlicher Kreis“ erreicht würde.

Im Vorfeld des Kreistagsbeschlusses aus dem Jahr 2015 wurde bereits von allen Kommunen die Erstellung eines kreisweiten Portals für Familien zur zentralen Sammlung regionaler und überregionaler Angebote für erforderlich gehalten und befürwortet. Einigkeit bestand dahingehend, dass durch diese Bündelung von Informationen zum einen Synergieeffekte entstehen und zum anderen entsprechende Informationen gezielt für Familien im Internet bereitgestellt werden. Dies sowohl hinsichtlich kommunenspezifischer, regionaler Angebote als auch von angrenzenden bzw. kreisweiten Angeboten. Demnach profitiert die einzelne Kommune sowohl durch Nutzung der Plattform für den eigenen Internetauftritt, als auch die gesamte Region des Rheinisch-Bergischen Kreises, da hierdurch die Attraktivität der Region aufgrund vielfach bestehender (aber nicht immer bekannter) Angebote hervorgehoben wird.

Letztlich entscheidet jede Kommune in eigener Verantwortung und Zuständigkeit, in welchem Umfang sie bereit ist, sich in ein kreisweites Internetportal einzubringen.

Der Kreis hat sich bereit erklärt, den Zusammenschluss zu initiieren und das Internetportal aufzubauen sowie einige Angebote zentral einzustellen, die gleichermaßen für alle Kommunen gelten, so dass hier nicht jede Kommune einzeln eine Dienstleistung einstellen oder beschreiben muss.

Die Kreisverwaltung hat aufgrund der Einlassung der Kommunen gemäß Kreistagsvorlage vom 10.12.2015 erklärt, die Maßnahmen im Strategieansatz „Familienfreundlicher Kreis“ ohne kommunale Mehraufwendungen umsetzen zu wollen.

Die mit der Bündnisgründung und der Internetplattform entstehenden voraussichtlichen Aufwendungen werden ebenso wie die derzeitigen koordinierenden, geschäftsführenden Aufgaben zunächst durch die Finanzierung einer halben Stelle für ein Jahr durch die Fördermittel der Sozialstiftung der Kreissparkasse Köln in Höhe von 35.000 € (davon ca. 27.000 € für Personalkosten) gesichert. Im Anschluss hieran wird eine weitere Finanzierung für bestenfalls zwei Jahre durch die Stiftungsgelder der Kreissparkasse Köln angestrebt, da eine Förderung für maximal drei Jahre in Anspruch genommen werden kann.

Der Personalaufwand wird aufgrund des erhöhten Aufwandes bei der Erstellung insbesondere der Internetplattform zunächst deutlich höher sein als ein späterer Pflege- und Aktualisierungsaufwand. Für die seitens des Kreises bereit gestellte Personalressource erfolgte keine Neueinstellung. Sofern die derzeit befristete Finanzierung der Aufwendungen nicht mehr sichergestellt werden kann, ist eine anderweitige Verwendung des Personals aufgrund zahlreicher vakanter Stellen bzw. Personalfluktuationen bei der Kreisverwaltung jederzeit und kurzfristig unproblematisch möglich.

Darüber hinaus ist geplant, beispielsweise durch Bündnis-Partner aus dem Unternehmensbereich, Mitgliedsbeiträge zu akquirieren und so die Finanzierung aufrecht zu erhalten. Aus dem Kreis Lippe haben wir u.a. die Aussage erhalten, dass sich die Maßnahme dort nach drei Jahren refinanzierte. Auch vor diesem Hintergrund wurde zunächst der inhaltliche Fokus auf dem Bereich „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ gerichtet und hier mit der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH ein starker Partner gewonnen.

Überdies ist eine Einbindung von weiteren Fördergeldern geplant (ESF, EFRE etc.). Eine Einbindung dieser Fördermöglichkeiten hängt jedoch davon ab, wie sich das Bündnis strategisch ausrichtet und wie es gelingt, entsprechende Gelder zu beantragen.

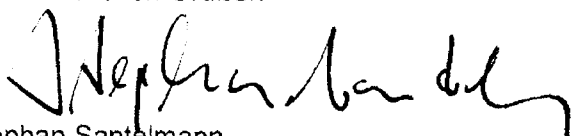
Eine Integration in den Förderprozess der Regionale 2025 könnte hier ebenfalls zielführend sein, um Angebote für Familien zugänglicher zu machen und deren Lebensbedingungen in der Region zu verbessern.

Zusammenfassend ist betreffend des Aufwandes darauf hinzuweisen, dass es sich um ein Projekt handelt und die bisher kalkulierten Aufwendungen auf Erfahrungen beruhen. Der finanzielle und personelle Aufwand ist auch von den Entwicklungen, der kommunalen Beteiligung und der qualitativen Ausgestaltung abhängig.

Seitens der Kommunen wurde dem Kreis gegenüber immer wieder Interesse an der Umsetzung dieses Strategieansatzes und der abgestimmten Instrumentarien und Zielsetzungen signalisiert.

Sofern es weitere Fragen oder Klärungsbedarfe gibt, stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Stephan Santelmann

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
 Federführender Fachbereich
 Kommunalverfassung, Ratsbüro

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0017/2018
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	06.03.2018	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Einwohnerfragestunde

Inhalt der Mitteilung

Nach § 21 der Geschäftsordnung ist in die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 06.03.2018 eine Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner aufzunehmen.

Das Verfahren der Fragestunde regelt § 21 der Geschäftsordnung. Danach ist jede Einwohnerin/jeder Einwohner der Stadt berechtigt, nach Aufruf des Tagesordnungspunktes mündliche Anfragen an den Bürgermeister zu richten. Die Fragen sind zwei Arbeitstage vor der Ratssitzung schriftlich dem Bürgermeister zuzuleiten. Jede Fragestellerin/jeder Fragesteller ist berechtigt, zwei Zusatzfragen zu stellen. Ist eine sofortige mündliche Beantwortung nicht möglich, so kann die Fragestellerin/der Fragesteller auf eine schriftliche Beantwortung verwiesen werden.

Die Einwohnerfragestunde ist **zwischen 18.00 Uhr und 19.00 Uhr** durchzuführen. Sofern der Tagesordnungspunkt nicht „zeitgemäß“ liegt, wird eine Änderung in der Reihenfolge der Tagesordnung vorgeschlagen, damit die Fragestunde möglichst um 18.00 Uhr beginnen kann. Sie endet vorzeitig, wenn der vorgesehene Zeitraum nicht durch die Behandlung der Fragen ausgefüllt wird.

**Absender
FDP-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0053/2018

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
FDP-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 06.03.2018**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der FDP-Fraktion vom 29.01.2018 (eingegangen am
29.01.2018) zur Umbesetzung in Ausschüssen**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 29.01.2018 (eingegangen am 29.01.2018) beantragt die FDP-Fraktion Umbesetzungen im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann sowie im Wahlausschuss.

Das Schreiben der FDP-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Scheidet jemand vorzeitig aus einem Ausschuss aus, wählen die Ratsmitglieder gemäß § 50 Absatz 3 Satz 7 GO NRW auf Vorschlag der Fraktion, welcher das ausgeschiedene Mitglied bei seiner Wahl angehörte, eine Nachfolge. Eine einstimmige Wahl ist bei Nachfolgebesetzungen nicht erforderlich.

Der erste Sitz in der Stellvertretungsliste der FDP-Fraktion im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann ist derzeit unbesetzt („N.N.“). Er soll mit Herrn Gerhards (s.B.) besetzt werden, der derzeit den zweiten Sitz in der Stellvertretungsliste innehat. Der so frei werdende zweite Sitz in der Stellvertretungsliste soll mit Frau Wasmuth (s.B.) besetzt werden. Der Sitz der FDP-Fraktion im Wahlausschuss ist derzeit ebenfalls unbesetzt („N.N.“) und soll mit Herrn Vorndran (s.B.) besetzt werden.

Die erforderliche Rücktrittserklärung Herrn Gerhards liegt der Verwaltung vor.

Stadt Bergisch Gladbach
Einwurf Nachbriefkasten

am: 29. Jan. 2018

1-14, 03

Ö 22.1

**Freie
Demokraten**
FDP

FDP - Jörg Krell - Konrad-Adenauer-Platz 1 - 51465 BGL

Herrn
Bürgermeister Lutz Urbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

05. Feb. 2018

Stadt Bergisch Gladbach
FB 1-14
Kommunalverfassung
- Ratsbüro



Jörg Krell
Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion

krell@fdp-bergischgladbach.de
www.fdp-bergischgladbach.de

FDP Fraktion
Im Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Rathaus, Zimmer 14
Rathaus Konrad-Adenauer-Platz
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 0 22 02 / 14 23 14
Telefax: 0 22 02 / 14 23 14

Bergisch Gladbach, den 29.01.2018

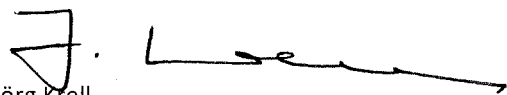
**Umbesetzungen der FDP Vertretungen im „Ausschuss für Soziales,
Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann“, sowie für den
„Wahlausschuss“ des Rates der Stadt Bergisch Gladbach**

Sehr geehrter Herr Urbach,

für die Ratssitzung am 6.3.2018 bittet die FDP Fraktion folgende Ausschussumbesetzungen
auf die Tagesordnung zu nehmen:

- 1. Ausschuss für Soziales,
Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann**
bisheriges stellv. Mitglied: Ralf Berger (verstorben)
1.stellv. Mitglied: Markus Gerhards (s.B.)
2.stellv. Mitglied: Dorothee Wasmuth (s.B.)
- 2. Wahlausschuss**
bisheriges Mitglied: Ralf Berger
neues Mitglied: Rainer Vorndran (s.B.)

Mit freundlichen Grüßen


Jörg Krell
Fraktionsvorsitzender

Kopie: C. Ruhe per Mail

Absender
**Fraktion DIE LINKE. mit
BÜRGERPARTEI GL**

Drucksachen-Nr.

0049/2018

öffentlich

Antrag

der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL

zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 06.03.2018

Tagesordnungspunkt

**Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom
19.02.2018 (eingegangen am 19.02.2018) zur Umbesetzung in
Ausschüssen**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 19.02.2018 (eingegangen am 19.02.2018) beantragt die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL eine Umbesetzung im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann.

Das Schreiben der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Scheidet jemand vorzeitig aus einem Ausschuss aus, wählen die Ratsmitglieder gemäß § 50 Absatz 3 Satz 7 GO NRW auf Vorschlag der Fraktion, welcher das ausgeschiedene Mitglied bei seiner Wahl angehörte, eine Nachfolge. Eine einstimmige Wahl ist bei Nachfolgebesetzungen nicht erforderlich.

Der vierte Sitz in der Stellvertretungsliste des beratenden Mitgliedes der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann ist derzeit unbesetzt („N.N.“) und soll mit Herrn Reiter (s.B.) besetzt werden.

Ergänzend weist die Verwaltung darauf hin, dass in dem Antrag die Angabe fehlt, dass die Fraktion im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beratende bzw. stellvertretende beratende Ausschussmitglieder stellt.

Unter Berücksichtigung des vorstehenden Hinweises der Verwaltung kann die beantragte Nachfolgebesetzung rechtmäßig gewählt werden.

Fraktion

DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL

Konrad-Adenauer-Platz 1

51465 Bergisch Gladbach

Stadt Bergisch Gladbach

Einwurf Nachbriefkasten

am: 19. Feb. 2018



Ö 22.2
BÜRGER
PARTEI GL

DIE LINKE.

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Konrad-Adenauer-Platz 1

51465 Bergisch Gladbach

20. Feb. 2018

Stadt Bergisch Gladbach

FB 1-14

Kommunverfassung

- Ratsbüro

FW

Fraktionsbüro

Tel.: 02202 142458 Fax: 02202 142448

E-Mail samirae@buergerpartei.gl

19.02.2018

Unser Zeichen: PX-2018-0004

Antrag zur nächsten Ratssitzung

Umbesetzung / Aktualisierte Ausschussbesetzung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir beantragen hiermit die Umbesetzung bzw. aktualisierte Ausschussbesetzung
nunmehr nach anliegend überarbeiteter Liste.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Klein
Fraktionsvorsitzender

Frank Samirae
stellv. Fraktionsvorsitzender

Lucia Misini
stellv. Fraktionsvorsitzende

FRAKTION DIE LINKE, mit BÜRGERPARTEI GL

	Sinnbereich	1. Vertreter	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1 Haupt- und Finanzausschuss	Thomas Klein	Frank Samirae	Jan Zupan	Roland A. Reiter	Ali Misini	Rainer Dugosch	Rainer Dugosch	Dr. Alfons Adler	Markus Winterscheidt	Jan Zupan	Werner Schwamborn	n.n.
2 Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie	Lucia Misini	Thomas Klein	Frank Samirae	Markus Winterscheidt	Ali Misini	Jan Zupan	Jan Zupan	Rainer Dugosch	Jan Zupan	Werner Schwamborn	Werner Schwamborn	Ali Misini
3 Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gem.	Frank Samirae	Thomas Klein	Thomas Klein	Markus Winterscheidt	n.n.	Jan Zupan	Jan Zupan	Rainer Dugosch	Jan Zupan	Werner Schwamborn	Werner Schwamborn	Ali Misini
4 Rechnungsausschuss	Thomas Klein	Frank Samirae	Frank Samirae	n.n.	Jan Zupan	Jan Zupan	Jan Zupan	Dr. Alfons Adler	Jan Zupan	Werner Schwamborn	Werner Schwamborn	Jan Zupan
5 Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	Thomas Klein	Lucia Misini	Frank Samirae	Markus Winterscheidt	Jan Zupan	Jan Zupan	Jan Zupan	Dr. Alfons Adler	Jan Zupan	Werner Schwamborn	Werner Schwamborn	Jan Zupan
6 Wahlausschuss	Thomas Klein	Lucia Misini	Frank Samirae	Markus Winterscheidt	Jan Zupan	Jan Zupan	Jan Zupan	Dr. Alfons Adler	Jan Zupan	Werner Schwamborn	Werner Schwamborn	Jan Zupan
7 Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss	Thomas Klein	Lucia Misini	Frank Samirae	Markus Winterscheidt	Jan Zupan	Jan Zupan	Jan Zupan	Dr. Alfons Adler	Jan Zupan	Werner Schwamborn	Werner Schwamborn	Jan Zupan
8 Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und	Frank Samirae	Thomas Klein	Lucia Misini	Markus Winterscheidt	Jan Zupan	Jan Zupan	Jan Zupan	Dr. Alfons Adler	Jan Zupan	Werner Schwamborn	Werner Schwamborn	Jan Zupan
9 Flächennutzungsplanausschuss	Frank Samirae	Thomas Klein	Lucia Misini	Markus Winterscheidt	Jan Zupan	Jan Zupan	Jan Zupan	Dr. Alfons Adler	Jan Zupan	Werner Schwamborn	Werner Schwamborn	Jan Zupan
10 Wahlausschuss	Thomas Klein	Lucia Misini	Frank Samirae	Markus Winterscheidt	Jan Zupan	Jan Zupan	Jan Zupan	Dr. Alfons Adler	Jan Zupan	Werner Schwamborn	Werner Schwamborn	Jan Zupan

Sachkundiger Bürger/in :

Rainer Dugosch
Werner Schwamborn
Markus Winterscheidt
Dr. Alfons Adler
Roland A. Reiter
n.n.
Jan Zupan
Joschka Randerath
Ali Misini

Index

21.07.1952
07.01.1944
08.05.1973
03.11.1957
27.11.1963
17.09.1992
12.12.1998
18.04.1965

51427 Bergisch Gladbach
51429 Bergisch Gladbach
51429 Bergisch Gladbach
51469 Bergisch Gladbach
51465 Bergisch Gladbach
51479 Bergisch Gladbach
51467 Bergisch Gladbach
51465 Bergisch Gladbach

Im Hilgersfeld 24
Kauls 33
Steinstr. 10
Mariampolestraße 21
An der Loh 3
Ferdinand Schmitz Str 19
Munsterstr. 117
Paffrather Straße 84

rdug007@aol.com
adler@buergerpartei.gl
r.a.reiter@web.de
randerath-98@web.de

02204 / 810448
02204 / 988196
02202 / 1867380
02202 4601565
01578 / 9330491

Unterschrift, stellv. Fraktionsvorsitzender:

Frank Samirae

Frank Samirae

